

19.07.2005

## ÖPNV/BVG

-CS-

**Claudia Hämmerling**, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt:

### **Postkarte für Meinungsumfrage zu BVG-Linienführung**

Vor sieben Monaten hat die BVG das Metrolinienkonzept eingeführt und dabei drastische Kürzungen im Ergänzungsnetz vorgenommen. Ca. 100 Haltestellen werden seitdem nicht mehr bedient und ca. 6 Millionen Nutzwagenkilometer eingespart. Das sind ca. fünf Prozent der Fahrleistung.

Auf die 20.000 Beschwerden reagierte die BVG mit geringfügigen Nachbesserungen. So wurde beispielsweise eine Teilstrecke der beliebten Buslinie OL 348 wieder eingeführt und die Straßenbahnverbindung zwischen den Lichtenberger Ortsteilen mit dem Krankenhaus Herzberge wieder hergestellt. Allerdings gleicht die Straßenbahnverbindung einem Schildbürgerstreich, denn die eingesetzten Fahrzeuge sind nicht behindertengerecht. Die BVG schlussfolgert aus der inzwischen rückläufigen Anzahl von Beschwerden, dass die BerlinerInnen mit dem neuen Verkehrsangebot zufrieden sind.

Dieser Schein trügt. Die BerlinerInnen haben angesichts der standardisierten nichtssagenden Antworten, mit denen die BVG auf diese Beschwerden reagiert hat, die Hoffnung aufgegeben und sparen sich das Geld für die Briefmarke. An den Grundproblemen des Ergänzungsnetzes wie abgehangene Quartiere, Fahrzeitverlängerung, zusätzliche Umsteigezwänge an Bahnhöfen ohne Aufzüge hat sich nichts geändert. Betroffen sind vor allem ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Am 1. August werden für diese schlechteren Leistungen höhere Fahrpreise fällig. Die Kosten für den Einzelfahrschein steigen um 5 Prozent von 2,00 Euro auf 2,10 Euro. Damit erhält man für den selben Preis von 2002 nur noch 50 Prozent der Leistung. Denn damals durfte der Einzelfahrschein noch für Hin- und Rückfahrt genutzt werden. Das Kurzstreckenticket wird zwar nicht teurer, ist aber auch weniger wert als früher, da Umsteigen nicht erlaubt ist, obwohl das Metrokonzept vielfach zum Umsteigen zwingt. Von dem einstimmigen Beschluss des Abgeordnetenhauses, dies zu ändern, blieb die BVG unbeeindruckt. Die Fahrradzeitkarte verteuert sich um 20 Prozent von 5,00 Euro auf 6,00 Euro. Auch das Sozialticket verteuert sich um 4,5 Prozent von 32,00 Euro auf 33,50 Euro. Die Rabatte für Jobtickets reduzieren sich auf mickri-

ge 5 Prozent. Das kompensiert gerade mal die Preiserhöhung der normale Monatskarte (4,7 Prozent). Beim Jahresabo werden treue Stammkunden mit einer Verteuerung von 6,9 Prozent geradezu bestraft: Der Preis steigt von 608,00 Euro auf 650,00 Euro. Durch diese Preispolitik verliert die BVG allein in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen drei Abonnenten für Jahreskarten.

Der Versuch der BVG, sich über Angebotseinschränkungen und das Drehen an der Preisschraube zu sanieren, führt verkehrspolitisch in die Sackgasse. Eine solche Politik vertreibt die Fahrgäste und macht Autofahren für viele attraktiv, die zuvor mit Bus und Bahn unterwegs waren.

Wir akzeptieren die Angebotesverschlechterung nicht. Deshalb haben wir Postkarten drucken lassen, auf denen die BerlinerInnen ihre Anregungen und Meinungen zu den BVG-Angeboten notieren und uns zuschicken können. Wir wollen diese Postkarten sammeln und auswerten und an den Senat weiterleiten. Wir fordern den Senat auf, die sinnvolle Anregungen gegenüber der BVG durchzusetzen. Schließlich erhält die BVG jährlich 400 Millionen Euro aus Landesmitteln. Dafür haben die BerlinerInnen Anspruch auf attraktive und preiswerte Nahverkehrsangebote.